



Niederschrift

51. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 23.05.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:08 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:50 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	ab 17:00 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Markus Weyh	anerkannter freier Träger	

beratende Mitglieder

Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung
Frau Julia Laabs	Kreiselternrat
Herr Pascal Loerch	Kreisschülerrat
Herr Dr. Reiner Pokorny	Komm. Fachbereichsleiter
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Beigeordnete Bildung, Kultur, Jugend, Sport
-------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	entschuldigt

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Doreen Ließ	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde Potsdam	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Sabine Frenkler	Sprecherrat AG Kita
Frau Katharina Tietz	AG Jugendförderung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.05.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 5.1 Auswertung des Halbzeitgespräches "Kinderfreundliche Kommune"
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs
Vorlage: 19/SVV/0436
Fraktion DIE LINKE
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.05.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 02.05.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die Tagesordnung.

Der Tagesordnung wird **mehrheitlich zugestimmt**.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

Frau Aubel informiert über den aktuellen Stand der freiwilligen Rückzahlungen von Elternbeiträgen. Sie berichtet, dass am 22.05.2019 ein Gespräch mit dem MBSJ zu verschiedenen Themenkomplexen stattgefunden hat. Dabei wurde ein Schreiben in Aussicht gestellt, in dem erklärt wird, dass keine Bedenken zur Rückzahlung bestehen.

Von Seiten des MIK wurde für diese Kalenderwochen ein Schreiben zugesagt. Es wird davon ausgegangen, dass es keine Gründe dagegen gibt, das Verfahren zur Rückzahlung in Gang zu setzen.

Am 29.05.2019 erfolgt eine Information im Hauptausschuss und am 03.06.2019 soll das Verfahren gestartet werden. Dann können die Anträge auf Rückerstattung von der Hotline der Stadt heruntergeladen werden. Auch eine entsprechende FAQ-Liste mit Hilfestellungen, die fortlaufend ergänzt wird online verfügbar sein.

Abschließend betont Frau Aubel, dass mit den Trägern ein Konsens zum Verfahren gefunden werden konnte.

Frau Dr. Müller fragt, ob es eine nachvollziehbare Erklärung gibt, warum das MBSJ so spät und das MIK noch gar nicht reagiert hat.

Frau Aubel hat dafür keine Erklärung. Aus dem Gespräch mit dem MBSJ am 22.05.2019 ist klar geworden, dass noch einige Fragen offen waren, die aber alle vollumfänglich beantwortet werden konnten.

Herr Dr. Pokorny ergänzt, dass es dem MBSJ wichtig war, eine Singularität zur Landeshauptstadt Potsdam herzustellen, da dies wichtig für die Kommunikation im ganzen Land ist.

Frau Aabel verweist auf das Gute-Kita-Gesetz, dass zum neuen Kita-Jahr umgesetzt werden soll. Sie teilt mit, dass es hierzu Gespräche mit den Trägern gibt. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird die Idee dazu vorgestellt.

Herr Ströber fragt, ob es bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) einen neuen Stand gibt.

Herr Dr. Pokorny weist darauf hin, dass er in einer der letzten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses über den aktuellen Stand berichtet hat. Seit dem gab es keine Veränderungen.

Herr Kolesnyk informiert, dass in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Planungen für Krampnitz vorgestellt werden.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 14.05.2019. Der Unterausschuss hat anhand des Protokolls die Klausur der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe vom 08.03.2019 ausgewertet. Dabei wurde festgestellt, dass die Einrichtung der zweiten Stelle erforderlich ist.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit dem Handlungskonzept Schule – Ausbildung befasst, dass erst nach der Fortschreibung der aktuellen Handlungskonzepte kommen wird.

Im Handlungskonzept Kita muss das Thema Hort ergänzt werden.

Der Unterausschuss gibt dazu folgende Empfehlung: Das

- Gremium Lenkungsgruppe soll weiterarbeiten
- Zweite Stelle muss im Fachbereich entstehen
- Evaluation wird unterstützt
- Erweiterung um HK Übergang zur Berufsausbildung ist wichtig

Ein weiteres Schwerpunktthema war die Vorbereitung des Fachkräfte-Fachgesprächs im Herbst 2019. Als Termin wird der 23.10.2019 in der Zeit von 09:00 bis 12:00 Uhr vorgeschlagen.

Themen können sein:

- Akquise von Fachpersonal
- Pflege von Fachpersonal
- Nachwuchsgewinnung
- Kommunale Rahmenbedingungen

Abschließend wurde die heutige JHA-Sitzung besprochen, hier der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Personalsituation in den Jugendklubs.

Frau Dr. Müller spricht die zweiten Stelle zur Koordinierung Schule – Jugendhilfe an und fragt, warum die Stelle noch nicht ausgeschrieben wurde.

Frau Aabel erklärt, dass die Stelle bewertet ist und nun ausgeschrieben werden soll. Die Ausschreibungen verzögern sich derzeit etwas aufgrund der Personalausstattung des Bereiches Personal. Daher ist nur eine begrenzte Anzahl von Ausschreibungen möglich. Derzeit können für jeden Geschäftsbereich

nur drei Stellen pro Woche ausgeschrieben werden.

Frau Dr. Müller bittet, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Übersicht über die nicht besetzten Stellen im Jugendamt mit einer Begründung und Darstellung, wann diese ausgeschrieben werden, auszureichen.

Frau Aubel erklärt, dass es derzeit eine Priorisierung der zu besetzenden Stellen gibt, die dann in die Ausschreibung gehen.

Frau Dr. Müller findet es bedauerlich, dass der Jugendhilfeausschuss nur zufällig davon erfahren hat, dass es eine Priorisierung der offenen Stellen gibt und die entsprechende Besetzung sich derart verzögert.

Frau Frenkler berichtet über die Sitzung der **AG Kita** vom 17.05.2019. Die AG hat sich mit dem Stand der Rückzahlungen für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.07.2018 befasst. Die Kitagesetzänderungen ab 01.08.2019, Auswirkungen auf Elternbeiträge Kita Potsdam (Umsetzung „KiQuTG“) wurde besprochen.

Zur Elternbeitragsempfehlung ab 01.08.2018 ist die Klärung des Umgangs mit den Hinweisen des MBS durch die Verwaltung erforderlich.

Bezüglich der Elternbeitragsempfehlung ab 01.08.2019 ist festzustellen, dass die Umstellung auf Jahresnettoeinkommen einen ungleich höheren Aufwand zur Folge hätte. Die Träger verfügen nicht über Kenntnisse eines Steuerberaters oder Finanzamts, die dafür erforderlich wären, ein Jahresnettoeinkommen streitfrei zu ermitteln.

Bei der Planung der Umsetzungsschritte besteht Einigkeit, dass weiterhin beabsichtigt wird, (weitestgehend) einheitliche Beiträge in der Stadt anzuwenden. Nach Prüfung der gültigen Tabelle wurde festgestellt, dass der Einstiegsbeitrag ab 29.001 EUR zu hoch liegt. Deshalb ist die Überarbeitung der Tabelle, auch hinsichtlich der Staffelung, schnellstmöglich umzusetzen.

Folgendes Verfahren wurde festgelegt:

1. Alle Träger senden die Matrix zur Berechnung der Elternbeiträge pro Träger mit den Kosten des Jahres 2018 bis zum 24.05.2019 an die Verwaltung. Die Platzkostenermittlung erfolgt trägerscharf.
2. Nach der Auswertung der trägerbezogenen Daten wird die Vorlage der Empfehlung hinsichtlich der Grenze des Höchstbeitrags, der Staffelung sowie der Anrechenbarkeit welcher Einnahmen mit den Trägern in einer Sondersitzung der AG 78 Kita abgestimmt. (Juni)
3. Die Unterlagen werden am 03.07.2019 im Hauptausschuss vorgestellt.
4. Die Empfehlung wird am 07.08.2019 in die SVV eingebracht.
5. SVV Beschluss im September rückwirkend zum 01.08.2019 möglich, falls am 07.08.2019 noch nicht beschlossen werden kann.

Das Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens muss zeitlich geregelt werden. Hier ist zu prüfen, ob das Einvernehmen auch rückwirkend erteilt werden kann.

Ab 01.08.2019 sind jedenfalls zwingend die Vorgaben des Gute-Kita-Gesetzes zu beachten, d.h. keine Beitragserhebung bis 29.000 EUR brutto, unabhängig davon, ob die neue Tabelle dann schon in Kraft ist oder nicht.

Die AG Kita hat zur Empfehlung zur Höhe des Essensgeldes für das Mittagessen gemäß Beschluss 18/SVV/0766 eine Stellungnahme erarbeitet (siehe Anlage).

Ein weiteres Thema war die KitaFR zum 01.01.2020, für die folgende Arbeitspakete festgelegt wurden:

1. Versorgung, Personaleinsatz (Frühstück Mittagessen und Vesper)

2. Hauswartung und Gebäudereinigung
3. Verfahren und Rechtssicherheit – Uneinbringliche Forderungen
4. Sonstige Personal- und Sachkosten

Zeitschiene: Einigkeit im September 2019, Beschluss Dezember 2019 zum 01.01.2020

Die nächste planmäßige AG 78 Kita Sitzung findet am 06.08.2019 statt.

Herr Liebe stellt dar, welche Folgen es hat, wenn die Elternbeiträge auf der Grundlage der niedrigsten Betriebskosten errechnet werden. Das bedeutet, dass damit die Zuschüsse des Landes geringer wären, die Landeshauptstadt Potsdam aber deutlich höher belastet wird. Er bittet, dies im Blick zu behalten.

Frau Aubel bittet, die Berechnungsmodelle der Verwaltung dazu abzuwarten. Ziel ist es, die Betriebskosten von 2018 zugrunde zu legen. Dies soll sehr zügig erfolgen und gleich nach den Sommerferien vorgelegt werden.

Herr Ströber berichtet über die Sitzung der **AG Hilfen zur Erziehung** vom 21.5.2019. An der Sitzung hat die Psychiatriekoordinatorin der Landeshauptstadt Potsdam, Frau Magnussen, teilgenommen und den Online-Wegweisers "Seelische Gesundheit" vorgestellt.

Es gab einen Fachaustausch mit den Chefärzten der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Kliniken Potsdam und Brandenburg, vom EvB: Herr Dr. Tofig, Brandenburg Herr Dr. Wilmer zu gemeinsamen inhaltlichen Fragestellungen sowie Koordinations- und Kooperationsbedarfen.

Zum Thema Entgelt Hilfen zur Erziehung wurden einige Träger durch das Büro von Frau Aubel zu einem Gespräch eingeladen. Die Unterarbeitsgruppe UAG stationäre Hilfen wird dazu vorbereiten.

Frau Tietz informiert, dass sich die **AG Jugendförderung** mit der Antragssituation für das PLUS-Förderprogramm befasst hat und die diesjährige Regelung für nicht glücklich hält. Deshalb wird vorgeschlagen, die Jugendförderträger an der Überarbeitung der Förderrichtlinie und der Entwicklung von Prüfkriterien zu beteiligen.

Ein weiteres Thema war die Öffentlichkeit bzw. Nichtöffentlichkeit der Sitzung der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII. Dazu hätte die AG Jugendförderung gern ein Votum des Jugendhilfeausschusses.

Des Weiteren wurde die Entwicklung in Krampnitz thematisiert. Dazu gibt es bereits die Zusage, dass dies am 13.06.2019 im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird.

Die AG hat sich mit dem Antrag 19/SVV/0436 „Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs“ befasst und wird sich dazu im Rahmen des entsprechenden Tagesordnungspunktes äußern.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dass sich der Unterausschuss mit dem Thema Öffentlichkeit der Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII befasst.

Herr Weyh berichtet über die Sitzung des **Regionalen Jugendhilfe-AG 1** vom 08.05.2019. Die AG hat sich mit der Entwicklung in Krampnitz befasst. Herr Oberthür (ProPotsdam GmbH) und Herr Krampitz (LHP) haben an der Sitzung teilgenommen und die Planungen vorgestellt. Im Nachgang zur Sitzung gab es einen Rundgang in Krampnitz.

Des Weiteren wurde der Jugendklub im Bornstedter Feld thematisiert. Hier ging es insbesondere um den konkreten Standort.

Abschließend wurde die gemeinsame REG-AG Sitzung besprochen.

Herr Kolesnyk verliest die Information von Frau Schmidt-Fuchs zur **Regionalen Jugendhilfe-AG 2**. „Die letzte Sitzung der Regionalen Jugendhilfe-AG 2 fand am 08.05.2019 statt. Im Mittelpunkt stand der Austausch mit Frau Kronemann zum Kinderschutzbericht 2018.

Für Region ist eine wesentliche Erkenntnis, dass von den 281 gemeldeten Kindeswohlgefährdungen 59 % der Meldungen in der Region II geschehen, das sind dann 166 Einsätze im Jahr, also fast eine Meldung pro Arbeitstag.

Es gab einen intensiven Austausch und die Verabredung, in der nächsten Sitzung dieses Thema weiter zu bearbeiten. Zur Vorbereitung hat sich eine Unterarbeitsgruppe gebildet.“

Frau Parthum berichtet über die Sitzung der **Regionalen Jugendhilfe-AG 3**, die am 15.05.2019 getagt hat. Es wurde sowohl die Arbeit der Streetworker mit regionalem Bezug vorgestellt als auch über das temporäre Lernprojekt an der Grundschule 40 berichtet.

Zur Vorbereitung der Gesamt-RegAG am 05.06.2019 wurde die Wichtigkeit der Hauptthemen unvorhergesehene Bedarfe und Selbstverständnis der RegAG hingewiesen. Die nächste Beratung findet im September statt und wird sich mit dem PLUS-Programm beschäftigen.

Herr Ströber weist darauf hin, dass Streetworker berichtet haben, dass sie Turnhallen für sportliche Betätigungen mit Jugendlichen für geringe Mietkosten anmieten können. Seines Wissens nach müssen gemeinnützige Vereine keine Miete für Hallennutzung zahlen müssen. Er bittet dies zu prüfen.

Frau Aubel sagt die Prüfung und Information zu.

Frau Parthum bittet darum, dass die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII am Beratungstisch platznehmen dürfen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass dies selbstverständlich möglich ist, wenn Plätze frei sind.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Loerch berichtet über die Veranstaltung "KSR trifft Kommunalpolitik". Es war eine sehr kurzweilige Veranstaltung auf der sich jeweils zwei Vertreter von sieben Parteien zahlreichen Fragen stellten. Rückmeldungen von den Gästen waren durchweg positiv.

Zu der Nachfrage von Herrn Kulke aus dem letzten Jugendhilfeausschuss, zu der Auswertung der vom Jugendamt durchgeführten Freizeitbefragung erklärt er, dass es im Nachgang keine Verständigung dazu gab.

zu 5.1 Auswertung des Halbzeitgespräches "Kinderfreundliche Kommune"

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass sie zu dem Tagesordnungspunkt eigentlich eine Präsentation erwartet hat. Sie macht deutlich, dass die Präsentation im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden sollte.

Frau Aabel schlägt vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu vertagen und dann die Präsentation vorzustellen.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet über die derzeit bearbeiteten Themen des Kita-Elternbeirates.

Er teilt mit, dass die Wahlprüfsteine veröffentlicht und von allen Parteien und Gruppierungen (bis auf eine) beantwortet wurden. Er dankt allen, die geantwortet haben. Die Antworten finden sich auf der Facebook Seite des Kita-Elternbeirates. Zu den Elterneigenleistungen gab es ein konstruktives Gespräch mit dem Jugendamt (Frau Elsaßer). Dabei wurden gemeinsam ein paar Schritte beschlossen, um die Träger und Einrichtungen nochmal zur gesetzeskonformen Umsetzung aufzufordern. Trotz rechtlicher Klarheit scheint hier Einigen vieles immer noch unklar zu sein.

Der Kita-Elternbeirat wird sich weiterhin sehr intensiv mit dem Thema Gebäude- und Grundstückskosten und deren Umlegbarkeit auf die Elternbeiträge beschäftigen. Dieses Thema wird zunächst in den nächsten Jour Fixe im Geschäftsbereich Bildung, Jugend und Kultur in die Tagesordnung aufgenommen. Der Kita-Elternbeirat wird sich sicher zeitnah erneut dazu positionieren.

Die Arbeitsgruppe Kitaplatzvergabe wurde eingeladen, sich an der Entwicklung/ Findung/ Bearbeitung des Kita-Portals zu beteiligen und ist gespannt, wie weit sie sich hier mit Elternerfahrung einbringen kann. Der Startschuss für die Schaffung der Grundlagen steht mit dem 20. Juni nun fest.

Herr Liebe gibt bekannt, dass Frau Elsaßer eine Position der Verwaltung an die Träger ausgereicht, mit der Bitte um Reaktion.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs

Vorlage: 19/SVV/0436

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Tietz berichtet, dass sich die AG Jugendförderung mit dem Antrag befasst hat und diesen grundsätzlich befürwortet. Sie bittet, unbedingt die Träger einzubeziehen, um die Bedarfe ermitteln zu können. Es sollen Kriterien erarbeitet werden, bei denen die AG Jugendförderung einbezogen werden soll. Im Sinne einer guten Arbeitsstruktur ist aus Sicht der AG Jugendförderung eine dritte Stelle in den Kinder- und Jugendklub erforderlich.

Herr Schmolke erinnert daran, dass von der Verwaltung bereits Kriterien zur Einrichtung einer dritten Stelle vorgelegt und dann diskutiert wurden.

Herr Ströber hält es für wichtig, sich die Arbeit der Jugendklubs anzusehen. Dabei sollte überlegt werden, wie erreicht werden kann, dass die jungen Menschen der Stadt gute Orte für sich finden.

Herr Otto betont, dass zuerst über die Qualität der Arbeit gesprochen werden sollte und in einem zweiten Schritt die personelle Ausstattung zu betrachten sei.

Herr Kolesnyk erinnert daran, dass 2014 eine Evaluation durchgeführt wurde, in deren Folge je eine zusätzliche Stelle für zwei Kinderclubs eingerichtet wurde. Die AG Jugendförderung hatte sich selbst mit „Visionen“ für die offene Jugendarbeit beschäftigt. Resultat war am Ende eher eine Fortschreibung des Status-Quo. Der vorliegende Prüfauftrag ist sehr allgemein. Es sollte zunächst überlegt werden, welche Aufgaben erfüllt werden sollen und an welchen Kriterien das festgemacht werden soll. Es muss festgelegt werden, was geprüft werden soll, damit es am Ende auch ein aussagekräftiges Ergebnis gibt.

Frau Parthum hält es für einen guten Schritt, der gemeinsam gegangen werden soll. Sie macht deutlich, dass die Belastung in den Jugendklub bereits sehr groß ist und erinnert an das Ergebnis der Jugendbefragung im letzten Jahr, bei der herausgekommen ist, dass die Nutzung der Klubs im Bundesdurchschnitt sehr gut ist.

Frau Aubel begrüßt den von Herrn Ströber benannten Ansatz. Natürlich wird das Bevölkerungswachstum mit betrachtet. Der Fokus kann hier aber nicht ausschließlich auf den Jugendklubs liegen. Es muss auch überlegt werden, wie die Zielgruppe einbezogen werden kann. Sie betont, dass die Verwaltung definitiv nicht bis zum September 2019 zu einer qualifizierten Aussage kommen kann. Dies ist auch bis zum Ende des Jahres nicht zu schaffen.

Frau Tietz warnt davor, dass die Jugendklubs und die Schulsozialarbeiter gegeneinander ausgespielt werden.

Herr Schmolke macht darauf aufmerksam, dass der geforderte Prozess bereits seit mehreren Jahren läuft.

Herr Liebe weist darauf hin, dass es bereits diverse Arbeitsmittel gibt, auf deren Grundlage der Prozess weitergeführt werden kann. Der Prozess sollte angegangen werden. Der neue Jugendhilfeausschuss sollte gut in den Prozess eingebunden werden.

Frau Dr. Müller erklärt, dass der September als Termin benannt wurde, da dann die Haushaltsdiskussionen beginnen. Sie schlägt vor, einen anderen Termin zu verabreden.

Die Einbeziehung der AG Jugendförderung kann ebenfalls in den Antrag aufgenommen werden. Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist durch die Befragung bereits erfolgt.

Herr Kolesnyk schlägt vor, den Antrag in der nächsten Sitzung des Unterausschusses zu beraten und bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.06.2019 zu konkretisieren. Die AG Jugendförderung sollte dazu an der Sitzung des Unterausschusses teilnehmen. Er teilt mit, dass der Unterausschuss am 04.06.2019, 15:00 Uhr tagt.

Frau Frenkler verweist auf die Lückekinder und bittet, diese dabei nicht zu vergessen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Kolesnyk die Zurückstellung des Antrages zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Die Zurückstellung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 8 Sonstiges

Herr Loerch verabschiedet sich, da dies offensichtlich die letzten JHA-Sitzung ist, an der er teilnehmen konnte.

Herr Kolesnyk informiert, dass die erste Arbeitssitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl am 14.08.2019 stattfindet. Er schlägt vor, dass bei Bedarf am 08.08.2019 eine weitere Sitzung des Jugendhilfeausschusses stattfinden sollte.

Herr Otto berichtet, dass am 22.05.2019 ein Jugendtalk zur Kommunalwahl 2019 im Lindenpark stattgefunden hat. An der Veranstaltung haben viele Jugendliche teilgenommen.

Frau Parthum weist darauf hin, dass am 24.05.2019 die offizielle Übergabe des Ferienpasses an die Schülerinnen und Schüler der Potsdamer Grundschulen durch Frau Noosha Aubel erfolgt.

Sie bittet, die Ferienpässe rechtzeitig an die Schülerinnen und Schüler zu verteilen.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 13. Juni 2019 2018, 16:30 Uhr

**David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**